

Das Magazin für den
öffentlichen Dienst

Mai 2022

hauptstadt magazin

Frühling
im Botanischen
Garten



dbb
beamtenbund
und tarifunion
berlin



© Friedhelm Windmüller

Liebe Leserinnen, lieber Leser,

der grausame Krieg in der Ukraine lässt uns alle nicht los und auch im hauptstadt magazin ist die Hilfe für die Menschen, die vor den russischen Angriffen aus ihrer Heimat fliehen mussten, wieder Thema. Erfreulich ist die große Resonanz auf den Appell an die Berliner Landesbediensteten, sich für die Flüchtlingshilfe zu melden.

Mit an vorderster Front bei Organisation und Verteilung der Flüchtlingsströme steht auch wieder Berlins Geheimwaffe in Krisensituationen, der ehemalige Landesbranddirektor Albrecht Broemme, der dem hauptstadt magazin einen Einblick in seine neue Aufgabe verschafft hat.

Aber auch in der Gewerkschaftspolitik gibt es wichtige Themen: Die Wegstreckenentschädigung ist angesichts explodierender Benzinpreise viel zu niedrig, die Zahl der Frühpensionierungen zu hoch und die Besoldung noch immer teils verfassungswidrig. Das und noch viel mehr haben wir bei einem Grundsatzgespräch mit Finanzsenator Wesener thematisiert.

Große Irritationen ausgelöst haben Informationen aus dem Hauptausschuss des Abgeordnetenhauses, wonach sich die Fertigstellung der Berliner Feuerwehr- und Rettungsdienstakademie um Jahre verzögern soll. Vorsorglich hat der dbb berlin umgehend auf einen planmäßigen Baubeginn gedrängt.

Titelthema dieser Ausgabe ist der Botanische Garten, der mit seiner Vielfalt in Deutschland seinesgleichen sucht und im Mai allemal einen Besuch wert ist. Für die Gewinner unseres Preisrätsels entfällt dabei sogar der Eintritt.

Bewahren Sie trotz aller Kriegs- und Coronawirren Zuversicht und freuen Sie sich an der Schönheit des Mai.

Ihr

Frank Becker,
Landesvorsitzender dbb berlin

Inhalt

Beamtenpolitik	
Gespräch mit Finanzsenator Wesener	4
Wegstreckenentschädigung anpassen	5
Zusammenarbeit	
Senat und Bezirke treffen Abmachung	6
Dienstunfallschutz	
Härtefallregelung geplant	7
Landesrechnungshof	
Zu viele Frühpensionierungen	8
Feuerwehr	
BFRA-Bau nicht verzögern	9
Flüchtlingshilfe	
Sonderauftrag für Albrecht Broemme	10
Titelthema	
Botanischer Garten	12
Unterhaltung	
Preisausschreiben	14
Jugend	
Auf breitere Basis stellen	15
Zum Schluss	
Zu kurze Schritte	16
Internationaler Tag gegen Homophobie	16

Impressum

Das hauptstadt magazin – hm – ist ein Informationsdienst des dbb beamtenbund und tarifunion berlin für die Beschäftigten im Berliner Landesdienst und der Bundesverwaltung.

Verantwortlich i. S. d. P.: Frank Becker, p. A. dbb berlin, Alt-Moabit 96 a, 10559 Berlin.

Redaktion: Annemarie Wellige. **Telefon:** 030.3279520. **Telefax:** 030.32795220. **Internet:** www.dbb.berlin.

E-Mail: post@dbb.berlin. Einzelmitglieder in den Fachgewerkschaften und -verbänden des dbb berlin erhalten das hm kostenlos zugesandt.

Herausgegeben in Zusammenarbeit mit dem DBB Verlag GmbH, Friedrichstraße 165, 10117 Berlin.

Telefon: 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40.

Internet: www.dbbverlag.de. **E-Mail:** post@dbb.berlin.

Anzeigen: DBB Verlag GmbH, Mediacenter, Dechenstr. 15 a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0.

Telefax: 02102.74023-99. **E-Mail:** mediacenter@

dbbverlag.de. **Anzeigenleitung:** Petra Opitz-Hannen,

Telefon: 02102.74023-715. **Anzeigenverkauf:** Andrea

Franzen, **Telefon:** 02102.74023-714. **Anzeigendisposition:**

Britta Urbanski, **Telefon:** 02102.74023-712. Preisliste 19,

gültig ab 1.1.2022. **Herstellung:** L.N. Schaffrath GmbH &

Co. KG DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern.

Layout: FDS, Geldern. **Fotos:** wie angegeben.

Titelbild: I. Haas/Botanischer Garten und Botanisches

Museum

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die

Meinung des jeweiligen Autors und nicht immer die

Meinung des Herausgebers wieder.

Verfassungskonforme Alimentation

Eiertanz geht weiter!

Eine verfassungskonforme Alimentation wird es wohl für viele Berliner Beamtinnen und Beamten nicht geben, bevor auch das Bundesverfassungsgericht den Grundgesetzverstoß des Landes bei der Beamtenbesoldung festgestellt hat. Das ist eines der weniger erfreulichen Ergebnisse des beamtenpolitischen Grundsatzgesprächs, das der dbb berlin am 21. April mit Finanzsenator Daniel Wesener geführt hat. Ein entsprechendes Reparaturgesetz will die Senatsverwaltung jedenfalls weiterhin erst nach der höchstrichterlichen Entscheidung vorlegen, obwohl diese schon viel zu lange auf sich warten lässt.

Aber auch positive Resultate waren bei dem Grundsatzgespräch zu verzeichnen. So zeigte sich der Senator beispielsweise sehr aufgeschlossen gegenüber einer Ausweitung der Anwärtersonderzuschläge auf weitere Berufsgruppen im Landesdienst.

Zu den erfreulichen Resultaten zählt auch, dass die Versorgungsempfänger bei der Besoldungsanpassung im September dieses Jahres vermutlich nicht mit einem Abschlag rechnen müssen, nachdem sie schon bei der Coronaprämie leer ausgegangen sind.

Auch die Tatsache, dass manche beamtenrechtliche Regelung im Laufe der Zeit Rost angesetzt hat und der Überarbeitung bedarf, so bei der Anerkennung der Vordienstzeiten, stieß bei Wesener durchaus auf Zustimmung.

Die am Grundsatzgespräch beteiligten Fachleute der Finanzverwaltung schienen dagegen eher durch Abblocken der gewerkschaftlichen Anliegen beeindruckt zu wollen. So wurde die stellvertretende dbb Landesvorsitzende Synnöve Nüchter mit ihrer Klage über die Ignoranz vieler Führungskräfte gegenüber der Arbeit der Beschäftigtenvertretungen mehr oder weniger mit Hinweisen auf die Verwaltungsakademie abgesepeist. Anschließend Allgemeine Betrachtungen über Sinn oder Unsinn von Zwang ließen dann auch den letzten Teilnehmer der Gesprächsrunde erahnen, dass die Senatsverwaltung an eine verpflichtende Fortbildung des Führungspersonals trotz des hohen Anteils an Quereinsteigern nicht beabsichtigt.

Beförderungen werden wegen der vorläufigen Haushaltswirtschaft nicht vollzogen. Die Senatsverwaltung scheut sie aber auch dann, wenn nach Stellenausschreibungen und erfolgreichen Auswahlverfahren für höherwertige Stellen bereits höherwertige Aufgaben während der Probezeit wahrgenommen werden. Der Landesrechnungshof habe diesen restriktiven Kurs bestätigt. Aufgrund der Verfügung aus der Senatsverwaltung gäbe es keinen Spielraum mehr. Kein Wunder, wenn das Thema den dbb Landesvorsitzenden Frank Becker, der

schon die Hinhaltetaktik in Sachen amtsangemessene Besoldung heftig kritisiert hatte, besonders empörte. Becker wörtlich: „Das können Sie keinem erzählen, Herr Finanzsenator, dass das in Ordnung ist. Ich habe überhaupt kein Verständnis dafür, wenn hier keine Ausnahme gemacht wird.“ Der dbb berlin erwartet, dass künftige „Haushaltswirtschaftsgrundschriften“ eine Möglichkeit zur Beförderungen nach Bewerbungs-/Auswahlverfahren enthalten.

Kein Verständnis zeigte wenig später auch der stellvertretende dbb Landesvorsitzende Thomas Goiny für den aktuellen Sachstand in Sachen KGSt-Stellenbewertung bei Polizei und Justiz. Hier war man in der Senatsverwaltung zwar tätig geworden, wartet aber offenbar untätig seit einem Jahr auf Antworten der Fachbereiche.

Wenn trotz dieser abschlägigen Bescheide eine angenehme Gesprächsatmosphäre herrschte, war das in erster Linie dem Finanzsenator selbst zuzuschreiben, der immer wieder erkennen ließ, dass Änderungen in der Gesetzgebung wichtig und notwendig sind. Der dbb berlin ist deshalb zuversichtlich, dass dieser Finanzsenator seine Verantwortung für die Beschäftigten im Landesdienst nicht komplett den finanzpolitischen Interessen des Landes unterordnen wird.

Es geht auch anders ...

Der Hamburger Senat wartet nicht jahrelang auf eine Entscheidung der Verfassungsrichter über laufende Musterklagen in Sachen amtsangemessene Alimentation. Stattdessen will er 230 Millionen Euro zusätzlich für die Besoldung von Beamtinnen und Beamten ausgeben. Grundlage der Senatsentscheidung ist ein Beschluss des Bundesverfassungsgerichts, der gar nicht auf die Hansestadt bezogen war, sondern auf ähnliche Fälle in Berlin und Nordrhein-Westfalen. Auf Drängen des dbb Landeschefs Frank Becker will Finanzsenator Daniel Wesener jetzt die Thematik mit seinem Hamburger Kollegen erörtern. ■

Hund ist Hund ...

oder ist der Vierbeiner eines Versorgungsempfängers doch womöglich eine andere Spezies als der eines Rentners?

Während nämlich der Wauwau des Rentners nicht nur unbeschwert, sondern dank einer Gesetzesinitiative der Berliner Linken auch steuerfrei in Parks und Grünanlagen herumtollen kann, müssen ehemalige Beamtinnen und Beamte weiterhin Hundesteuer für ihre vierbeinigen Freunde berappen. Ein klassischer Fall von schlampiger Gesetzgebung! Schön, dass Finanzsenator Wesener jetzt die Initiatoren der Steuerbefreiung für alternde Hundebesitzer um eine Nachbesserung im Sinne der ebenfalls lebensälteren Versorgungsempfänger ersuchen will. ■

Wegstreckenentschädigung anpassen!

Die immens steigenden Energiekosten, insbesondere die explodierenden Benzin- und Dieselpreise, machen natürlich auch vor den Beschäftigten im öffentlichen Dienst nicht halt. Der dbb berlin fordert deshalb eine umgehende Anpassung der Wegstreckenentschädigung an die Marktentwicklung.

Dazu rechnet dbb Landeschef Frank Becker unter Bezug auf ADAC-Angaben vor, dass schon im vergangenen Herbst und Winter bei den meisten Pkw-Fahrern die Kosten für einen Kilometer Fahrstrecke zwischen 40 und 50 Cent zu Buche schlugen. Zu diesem Zeitpunkt lagen die Preise mit 1,70 Euro für Super, 1,79 Euro für SuperPlus und 1,54 Euro für Diesel noch etwa 40 Prozent unter den aktuellen Werten.

Aus der Zeit gefallen und völlig unzureichend sind dementsprechend die Sätze von 20 Cent pro Kilometer beziehungsweise 30 Cent in besonders dringlichen Fällen, die für dienstliche Fahrten mit dem privaten Pkw erstattet werden. Becker: „Der dbb

berlin schlägt vor, die Kilometersätze vorausschauend und kurzfristig anzupassen. Nur so kann die Mehrbelastung für die Bediensteten, die tagtäglich mit eigenem Fahrzeug wichtige Aufgaben im Auftrag des Landes Berlin wahrnehmen, aufgefangen werden.“

Unter Hinweis auf die am 20. März 2022 ausgelaufene Homeoffice-Verpflichtung hält der dbb berlin nicht nur zum Gesundheitsschutz, sondern auch zur Reduzierung von Pendlerkosten eine möglichst weitgehende Fortführung des Homeoffice-Angebots für notwendig, dem eine zielführende und landeseinheitliche Regelung zugrunde liegen sollte. ■



Senat und Bezirke wollen besser zusammenarbeiten

dbb berlin: bitte auch bei der Beschäftigtenpolitik!

Die Regierende Bürgermeisterin von Berlin, Franziska Giffey, und alle zwölf Bürgermeisterinnen und Bürgermeister der Berliner Bezirke haben Ende März in einer gemeinsamen Erklärung ihren Willen zur besseren Zusammenarbeit der beiden Verwaltungsebenen unterstrichen. dbb Landeschef Frank Becker hat diesen längst überfälligen Schritt begrüßt, vermisst aber eine entsprechende Abmachung in der Beschäftigtenpolitik.

„Hier wünscht sich der dbb berlin eine ergänzende Verabredung, die einheitliche Regelungen für alle Dienststellen des Landes Berlin sicherstellt, damit nicht wieder so ein Flickenteppich entsteht wie bei den Coronabestimmungen“, konkretisierte Becker seine Forderung.

Es sei ein Unding, dass jede Dienststelle im Verlauf der Pandemie für ihre Beschäftigten und Besucher eigene Regelungen getroffen habe, zum Beispiel was das Tragen von Masken angeht. „Selbstverständlich ist uns klar, dass für besondere Bereiche, wie Krankenstationen im Justizvollzug, auch besondere Vorschriften gelten müssen“, ergänzte Becker, „aber Bürotätigkeit muss im Abgeordnetenhaus denselben Hygienevorschriften unterliegen wie in der Innenverwaltung oder in einem Bezirksamt.“

Neue Grundlage

Die Regierende Bürgermeisterin Franziska Giffey würdigte die politische Erklärung des Senats und der Bezirke als neue Grundlage der Zusammenarbeit beider Verwaltungsebenen. „Denn für alles, was wir uns vornehmen, ist eine starke Verwaltung die Grundvoraussetzung“, so Giffey wörtlich. „Für die Berlinerinnen und Berliner sowie für Unternehmen braucht unsere Stadt eine bürgerorientierte, schnell-

le und effiziente Verwaltung mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die gern für unsere Stadt arbeiten. Unsere Aufgabe ist es, sie in die Lage zu versetzen, ihre Arbeit gut machen zu können. Das können Senat und Bezirke nur gemeinsam schaffen, indem wir uns auf Augenhöhe begegnen und den Schulterschluss miteinander suchen“, umriss die Regierende Bürgermeisterin die Bedeutung der Erklärung, die wegen ihrer Schlüsselrolle auch Teil des 100-Tage-Programms des Senats ist.

In der politischen Erklärung sind eine Reihe wichtiger Themen für die Stadt und für das Zusammenleben verankert. Dazu gehören konkrete Projekte aus den Bereichen Wohnungsneubau, Soziale Stadt, Schule und Bildung sowie Jugend und Familie.

Konkrete Leistungsversprechen

Die Zielvereinbarungen enthalten konkrete Leistungsversprechen an die Berliner Bürgerinnen und Bürgern, zum Beispiel Reinigungsintervalle in den Schulen, Jahresöffnungszeiten in den öffentlichen Bibliotheken, Einheitlichkeit und verlässliche Dauer von Genehmigungsverfahren sowie Erreichbarkeit der Bürgerämter. Die Ressourcen und Leistungsversprechen würden jetzt aufeinander abgestimmt. Dazu stünden als Anschubfinanzierung 14 Millionen Euro zur Verfügung. ■

Dienstunfallschutz

Senat plant Härtefallregelung

Der Berliner Senat beabsichtigt eine Härtefallregelung ins Landesversorgungsrecht aufzunehmen, nach der in besonders begründeten Ausnahmefällen bei verunfallten Beamtinnen und Beamten die Kosten für den Umbau eines barrierefreien Wohnumfeldes übernommen werden können.

Finanzsenator Daniel Wesener, der eine entsprechende Änderung der Heilverfahrensordnung Anfang April in den Senat eingebracht hat, verwies in diesem Zusammenhang auf die gegenwärtig nicht vertretbare Ungleichbehandlung der Statusgruppen im öffentlichen Dienst. Denn bei Tarifbeschäftigten, die kraft Gesetzes unfallversichert sind, werden die Kosten für notwendige Umbaumaßnahmen nach Prüfung durch die Unfallkasse Berlin übernommen.

Außerdem soll die Neuregelung Rechtssicherheit für die Betroffenen und eine einheitliche Verwaltungs-

praxis gewährleisten. Nach der bisher geltenden Heilverfahrensverordnung ist nicht klar definiert, welche Heilverfahren beziehungsweise Kosten erstattungsfähig sind. Die Bewertung – ob im Zusammenhang mit einem Dienstunfall entstandene Heilbehandlungskosten als angemessen anzusehen sind – soll sich deshalb künftig nach der Landesbeihilfeverordnung richten. Berlin orientiert sich damit an den beihilferechtlichen Regelungen in Bayern, Schleswig-Holstein und Thüringen sowie an der Bundesregelung. Der Entwurf muss jetzt den Rat der Bürgermeister passieren.

dbb Landeschef Frank Becker begrüßt den Vorstoß des Finanzsenators ausdrücklich: „Wir gehen davon aus, dass der Entwurf dem dbb berlin in Kürze zugehen wird, damit wir die Bestimmungen auch mit unseren Fachgewerkschaften auswerten und dem Senat gegebenenfalls Änderungsvorschläge unterbreiten können.“



Große Hilfsbereitschaft im öffentlichen Dienst

Auf beachtliche Resonanz ist der Aufruf der Regierenden Bürgermeisterin, Franziska Giffey, an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes gestoßen, sich für die Flüchtlingsregistrierung und -versorgung zu melden. Nach Angaben der

Berliner Morgenpost vom 17. April haben sich bereits 1.300 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gemeldet. Weitere 600 hätten sich für einen kurzen Zeitraum von zwei bis drei Wochen für die Mithilfe im Ankunftszentrum Tegel zur Verfügung gestellt.



Landesrechnungshof

Zu viele Frühpensionierungen in Berlin!

Die Frühpensionierungsquote Berlins übersteigt den Länderdurchschnitt seit Jahren deutlich. Das hat jetzt auch den Landesrechnungshof auf den Plan gerufen. Denn wenn das Land Berlin mehr Vorsorge bei seinen Beschäftigten an den Tag legen und sich mit seinen Frühpensionierungen im Länderdurchschnitt bewegen würde, könnten jährlich mindestens fünf Millionen Euro eingespart werden.

Beim dbb berlin, der sich seit Jahren für ein funktionierendes Gesundheitsmanagement im Landesdienst und verstärkte Rehabilitationsbemühungen einsetzt, rennt der Landesrechnungshof damit offene Türen ein.

dbb Landeschef Frank Becker: „Den Vorrang der Rehabilitation vor der Versorgung sollte nicht nur der Landshaushalt gebieten, sondern auch die Fürsorgepflicht des Dienstherrn für seine Beschäftigten. Es ist schon sehr alarmierend, dass Überbelastung, schlechte Beschäftigungsbedingungen und letztlich auch mangelnde Wertschätzung seit Jahren von einer auffallend hohen Zahl der Berliner Beamtinnen und Beamten nicht mehr verkraftet werden können.“ Die Betroffenen dann kurzerhand in Frühpension zu schicken, anstelle alle Rehabilitationsmöglichkeiten auszuschöpfen sei unerträglich, so Becker weiter und grenze an Zynismus.

Begrenzte Dienstfähigkeit nutzen

An dieser Stelle setzt auch der Landesrechnungshof an, der in seinem Jahresbericht 2021 die verstärkte Anwendung der begrenzten Dienstfähigkeit fordert. Das soll mit einem ganzen Maßnahmenbündel erreicht werden, unter anderem durch eine stärkere gesetzliche Verankerung der Pflicht zur Erhaltung

beziehungsweise Wiederherstellung der Dienstfähigkeit und eine Neubewertung der Folgen einer Mitwirkungsverweigerung. Ferner schlägt der Rechnungshof die Zulassung von Prognoseuntersuchungen vor. Das für die Entscheidung über eine Dienstunfähigkeit maßgebende Landesverwaltungsamt müsse über alle Fälle umfassend informiert und der Verfahrensablauf bei den amtsärztlichen Diensten optimiert werden. Andere ärztliche Dienste sollten in Anspruch genommen werden, wenn mit der Erstellung eines Gutachtens nicht innerhalb von sechs Wochen gerechnet werden könne.

Zu lange Verfahrenslaufzeiten

Denn neben der hohen Anzahl der Frühpensionierungen in Berlin waren dem Landesrechnungshof vor allem die zu langen Verfahrenslaufzeiten aufgefallen, und zwar sowohl bei den jeweiligen Dienstbehörden als auch bei den ärztlichen Diensten. Durchschnittlich betrage die Verfahrensdauer ab Erkrankung bis Pensionierung nicht weniger als 21 Monate.

Diese enorme Zeitspanne komme zustande, weil die ärztlichen Dienste viel zu spät eingeschaltet werden, die Bearbeitungszeiten zu lang und die Verfahrensgestaltung unzureichend ist. ■

Berliner Feuerwehr- und Rettungsdienstakademie

Baubeginn darf nicht verzögert werden!

Der Senat muss alles daransetzen, dass der vorgesehene Zeitplan beim Bau der Berliner Feuerwehr- und Rettungsdienstakademie (BFRA) eingehalten wird, fordert der Vorsitzende des dbb berlin, Frank Becker.

„Die Feuerwehr benötigt für eine angemessene Ausbildung der Kolleginnen und Kollegen Ausbildungsstätten, die nicht den Standard von vor 20 Jahren haben, sondern Räumlichkeiten, die genügend Platz auch für die theoretische Ausbildung vorhalten“, äußerte sich Becker in der Ausgabe der Berliner Morgenpost vom 14. April 2022.

Becker reagierte damit auf Informationen aus der Sitzung des Hauptausschusses des Abgeordnetenhauses vom 8. April 2022. Danach soll die BFRA 2027 nicht – wie vorgesehen – fertiggestellt sein, zu diesem Zeitpunkt wäre vielmehr erst mit dem Baubeginn zu rechnen.

Ein derartiger zeitlicher Aufschub wäre umso skandalöser, als selbst die geplante Fertigstellung für 2027 schon in der vorangegangenen Legislaturperiode vom Abgeordneten Christian Goiny (CDU) als zu spät kritisiert worden war.

Laut Berichterstattung der Berliner Morgenpost, geht die Feuerwehr selbst wohl derzeit immer noch von der Gültigkeit der bisherigen Planung aus.

„Es besteht mehr als dringender Klarstellungs- und Handlungsbedarf durch den Senat und das Parlament“, erklärte Becker abschließend. ■

Wieder ein Sonderauftrag für Albrecht Broemme

Die Flüchtlingshilfe muss besser koordiniert werden!

Immer mehr Menschen fliehen vor dem russischen Angriffskrieg aus ihrer ukrainischen Heimat und erreichen Berlin. Im vergangenen Monat hat die erste unerwartet große Flüchtlingswelle für chaotische Zustände auf dem Hauptbahnhof gesorgt. Kein Wunder, dass die Berliner Regierungschefin Franziska Giffey in dieser Situation zur Unterstützung des zuständigen Landesamtes für Flüchtlingsangelegenheiten nach dem Mann gerufen hat, der in Ausnahme- und Notfallsituationen immer wieder durch Übersicht, Kompetenz und Tatkraft überzeugt hat. Gemeint ist Albrecht Broemme.

Der Ex-Landesbranddirektor und langjährige Präsident des THW hatte zuletzt vor zwei Jahren von sich Reden gemacht, als er zu Beginn der Coronapandemie eine Spezialklinik im Berliner Messegelände praktisch aus dem Boden gestampft hat.

Das war aber im Vergleich zu der Vielschichtigkeit und dem Ausmaß der aktuellen Aufgabe ein überschaubareres Problem“, beschreibt Broemme dem hauptstadt magazin gegenüber die Herausforderungen, die mit einer schnellen und guten Versorgung der hilfesuchenden Menschen aus der Ukraine verbunden sind.

Erschwert werde die Flüchtlingshilfe vor allem dadurch, gibt Broemme zu bedenken, dass niemand mit dem Ausbruch eines derartigen Krieges gerechnet hat. Entsprechend unvorbereitet seien Behörden und Hilfsorganisationen auf die sich anbahnende Katastrophe

gewesen. Auf eigene Erfahrungen mit Massenfluchtbewegungen, wie sie während des Zweiten Weltkrieges in noch ganz anderen Dimensionen in Deutschland stattgefunden haben, könne die heute agierende Generation auch nicht mehr zurückgreifen, führt er weiter an. Insofern sei die anfängliche Überforderung auf dem Berliner Hauptbahnhof durchaus nachvollziehbar.

Einsatzstab sorgt für sinnvolle Koordination

Den außer Kontrolle geratenen Zuständen am Hauptbahnhof hat Broemme in seiner neuen Funktion dann auch als Erstes ein Ende gesetzt und für einen Einsatzstab gesorgt, der das Vorgehen von Polizei, Feuerwehr und sonstigen Hilfskräften sinnvoll koordiniert. „Alle Helferinnen und Helfer sind willkommen“, betont Broemme, „es gilt, sie jedoch zielgenau da einzusetzen, wo sie gerade gebraucht werden. Am einfachsten lässt sich das mithilfe eines Megafons bewerk-

Am Berliner Hauptbahnhof sorgt ein Einsatzstab für Koordination.



stellig, über das die Einsatzleitung zu festen Zeiten Unterstützung für genau definierte Aufgaben, etwa Übersetzungen ins Ukrainische oder Russische, anfordert.

Realistische Zieldefinition

Klare Vorgaben will Broemme auch bei der Mammutaufgabe der Flüchtlingsversorgung durchsetzen. Das fängt mit einer realistischen Zieldefinition an, an der es zunächst gemangelt hat. So sei die Annahme einer nur dreimonatigen Aufenthaltsdauer der Flüchtlinge angesichts der zerstörten ukrainischen Städte ebenso illusorisch wie die Hoffnung, dass eine Unterbringungskapazität von gegenwärtig 3.000 Plätzen in Berlin ausreichend sein wird. Auch die vom Senat veranschlagte Zahl von 20.000 Flüchtlingen, die Berlin vorwiegend zur Weiterverteilung in andere Bundesländer erreichen werden, dürfte im Hinblick auf das fortdauernde Kriegsgeschehen überholt sein.

Fingerspitzengefühl gefragt

Überhaupt sind bei der Verteilung der Flüchtlinge im Bundesgebiet noch viele Fragen offen. Zwar dürfte als Verteilungsschlüssel die Einwohnerzahl der Kommunen feststehen, darüber hinaus müssen aber auch noch zahlreiche weitere Faktoren eine Rolle spielen. Denn auch wenn die Betroffenen generell keinen Anspruch auf ein Wunschziel haben, wird auf verwandtschaftliche Beziehungen und besondere Umstände Rücksicht genommen. „Beispielsweise sollte ein Flüchtling jüdischen Glaubens sich nicht an einem Ort in Deutschland wiederfinden, in dem keine jüdische Gemeinde existiert,“ nennt Broemme ein Beispiel. Viel Fingerspitzengefühl ist deshalb angesagt. Durchaus verbesserungsbedürftig sei auch die Kommunikation zwischen Berlin und den Zielorten. Insbesondere müsse die angekündigte Zahl der unterzubringenden Personen stimmen.

Dezentrale Unterkünfte

Gilt es bei der Verteilung noch einige Prozessmängel zu beseitigen, so stellt auch die Unterbringung und Versorgung der in Berlin verbleibenden Flüchtlinge die Stadt vor erhebliche Probleme. Die Unterkünfte, das heißt Hotels, Containeranlagen u. Ä. liegen über die Stadt verstreut an 18 verschiedenen Standorten, ein Umstand, der die Versorgung natürlich kompliziert.



Albrecht Broemme

Hauptsächlich Mütter mit Kindern bringen sich aus der Ukraine in Sicherheit und das Entsetzen über die grausamen Bilder der Verwüstung und die Schrecken von Belagerung und Flucht sind in ihren Gesichtern deutlich abzulesen. Die deshalb dringend notwendige psychosoziale Begleitung wäre sicher bei zentraler Unterbringung besser zu bewerkstelligen. Auch die Tatsache, dass viele Familien ihre Haustiere nicht einfach ihrem Schicksal überlassen und mit auf die Flucht genommen haben, will bedacht sein, von der Beschulung der Kinder beziehungsweise ihrer Unterbringung in Betreuungseinrichtungen ganz zu schweigen. Auch ukrainische Waisenkinder schaffen es bis Berlin und bedürfen besonderer Fürsorge.

Immense Hilfsbereitschaft

Jede helfende Hand wird gebraucht und die Hilfsbereitschaft ist glücklicherweise immens. Nicht nur, dass sich in dem von der Senatsverwaltung für Finanzen eingerichteten Stellenpool viele Beschäftigte des Landesdienstes gemeldet haben, sondern Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter stellen sich auch in ihrer Freizeit für Hilfeleistungen zur Verfügung, so unter anderem zwei Kinderärzte aus dem öffentlichen Gesundheitsdienst und ein Lehrer, dessen Abiturklasse ihre Prüfungen weitgehend abgeschlossen hat.

Hilfe kommt auch von der Deutschen Bahn, die bei ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Ukrainisch- beziehungsweise Russischkenntnisse abgefragt hat, um die Betroffenen dann in Berlin einzusetzen. Hervorzuheben ist auch das Engagement der Kirchen. So ist der Berliner Bischof Christian Stäblein jetzt der Flüchtlingsbeauftragte der Evangelischen Kirche Deutschlands, ein Amt, das der Rat der Kirche neu eingerichtet hat, „um für die Menschen da zu sein, die aus der Ukraine zu uns fliehen“.

Für den überzeugten Teamplayer Albrecht Broemme fehlt jedoch in dieser positiven, von immenser Hilfsbereitschaft geprägten Ausgangssituation noch ein gut funktionierender vertikaler und horizontaler Austausch. Für den will er sorgen, denn sowohl in seiner aktiven Dienstzeit als auch in seinem durch verantwortungsvolle Sondereinsätze geprägten „Unruhestand“ ist es ihm noch immer gelungen, alle Verantwortlichen an einen Tisch zu bringen.

Das hauptstadt magazin wünscht Albrecht Broemme, der übrigens seit vielen Jahren dem dbb angehört, bei seiner aktuellen Mission größtmöglichen Erfolg und wird über die weitere Entwicklung berichten.



Botanischer Garten
Berlin

Bo

Fast 20.000 Pflanzenarten aus aller Welt

Auf Weltreise im Botanischen Garten!

Der Botanische Garten in Berlin-Dahlem ist ein Ort der Superlative: Auf 43 Hektar Fläche bietet er eine der größten Pflanzensammlungen der Welt – und das in übersichtlicher geografischer Gliederung. Wer hier eine botanische Weltreise antreten möchte, gelangt direkt vom Haupteingang in der Königin-Luise-Straße zunächst in Bereiche mit typisch deutscher und mitteleuropäischer Flora und kann seine Exkursion über den Balkan und den Kaukasus bis schließlich in den Himalaya fortsetzen. Die Pflanzenvielfalt in der nordwestlichen Hemisphäre lässt sich in ähnlicher Weise erleben.

Überall stößt der Besucher dabei auf eine sorgfältige Beschilderung und Anordnung der etwa 20.000 Pflanzenarten, die die enorme Sammlung in Dahlem aufweist. Denn, wie der Direktor des Botanischen Gartens, Thomas Borsch, im Gespräch mit dem hauptstadt magazin betont, ein Botanischer Garten ist nicht einfach ein Garten oder Park, sondern ein Wissenschafts-, Bildungs- und Erholungsort zugleich.



Thomas Borsch

wenn das Wissen um den Wert dieser grünen Welt universal ist“, sagt Direktor Borsch werde unser artenreicher grüner Planet auch erhalten bleiben. Die Vision des Botanischen Gartens Berlin ist, dass der Mensch einen neuen Zugang zur Natur findet und den Reichtum des Lebens bewahrt.

Artenschutz und Artenerhaltung werden in Berlin ganz großgeschrieben, abgesehen vom öffentlich zugänglichen Garten auch in drei weiteren ausschließlich der Wissenschaft dienenden Sammlungen, nämlich einer Saatgutbank, einer DNA-Bank und einem Herbarium mit nicht weniger als 4 Millionen Exemplaren. Einige davon hat sogar

Natur wertschätzen

Gerade der allgemeine Bildungsauftrag kann gar nicht hoch genug eingeschätzt werden: „Denn nur,



noch der legendäre Naturforscher Alexander von Humboldt nach Berlin gebracht.

Internationales Wissenszentrum

Forscher aus der ganzen Welt geben sich hier die Klinke in die Hand, etwa um mittels genetischer Methoden Verwandtschaftsverhältnisse von Pflanzenarten aufzudecken, Ursachen von Artenrückgang und -ausbreitung zu erforschen und Strategien zum Erhalt der Diversität zu entwickeln. Insofern ist der Botanische Garten, der nach seiner Gründung 1679 als kurfürstlicher Garten im Jahre 1904 von Schöneberg an seinen heutigen Standort umzog, längst zu einem internationalen Wissenszentrum der Botanik geworden.

Internationale Vernetzung ist nicht nur Voraussetzung dafür, Forschungsfragen beantworten zu können. Dank zahlloser Kooperationsprojekte treffen alljährlich circa 40.000 Herbarbelege von Blütenpflanzen, Pilzen und Algen in Berlin ein. Anhand dieser dauerhaft konservierten Objekte kann dann neues Wissen generiert werden. Zu ihren Herkunftsländern zählen beispielsweise lateinamerikanische Länder, Kuba, Vietnam oder auch Griechenland, das über den größten Artenreichtum an Blütenpflanzen in Europa verfügt.

Besucherangebot wird optimiert

Für Besucherinnen und Besucher die „nicht vom Fach“ sind, wird das Angebot derzeit noch weiter optimiert: Zwar gibt es im Garten schon jetzt so viel zu entdecken, zu bestaunen und zu lernen, dass die Fülle mit einem einmaligen Besuch gar nicht zu erfassen ist. Die Anlage soll aber insgesamt noch informativer werden. Ein neues Besuchszentrum steht bereits als Gebäude und ein besonders übersichtliches Leitsystem und zusätzliche Erläuterungen zu den Bepflanzungen auf Ausstellungstafeln im gesamten Gelände sind in Vorbereitung. Schließlich wird es künftig auch einen Nutzpflanzengarten geben. Gegenwärtig finden die notwendigen Umbauten und Neuanlagen statt, was aber niemanden von einem Besuch abhalten sollte, schon gar nicht im Mai. „Speziell unser schon neu überarbeiteter Bereich mit kaukasischer Pflanzenwelt ist jetzt mit ihrer Blütenpracht besonders sehenswert“, empfiehlt Thomas Borsch.

Die Idee, die ganze Welt der Pflanzen in Dahlem zu präsentieren, ist übrigens nicht neu, sondern geht auf den ersten Gartendirektor, Adolf Engler, zurück. Seine zu Beginn des 20. Jahrhunderts entwickelte Idee, die globale Pflanzenwelt nach geografischen und ökologischen Prinzipien geordnet zu präsentieren, ist das Grundprinzip für die Gestaltung des Botanischen Gartens.

Flaggschiff Tropenhaus

Schon zu Englers Zeit entstand auch das „Flaggschiff“ der Anlage, das berühmte Große Tropenhaus, das mit seiner Architektur schon von außen eine wahre Augenweide ist. Im Innern findet der Besucher eine überwältigende Vegetation mit Palmen, Lianen und Riesenbambus vor, wie sie zwischen Karibik und Südostasien heimisch ist. Weitere vierzehn Schaugewächshäuser sind besonderen Pflanzengruppen, wie Orchideen, Bromelien oder Farnen gewidmet.

Kein Wunder, dass der Botanische Garten sich im Laufe der Jahre zu einem wahren Publikumsmagneten entwickelt hat. Fast eine halbe Millionen Besucher werden in normalen Zeiten pro Jahr gezählt. Und auch die vielen angebotenen Events, wie Sommerkonzerte in den Gewächshäusern, der weihnachtliche Christmas Garden oder der Staudenmarkt im Frühjahr, erfreuen sich großer Beliebtheit.

Botanische Nacht

Nach pandemiebedingter Pause ist es am 15. und 16. Juli jeweils ab 18 Uhr wieder so weit. In der Botanischen Nacht „Das Wunder von Botania“ werden unzählige Lichter den Garten in eine Märchenwelt verzaubern, in der sich Fabelwesen tummeln und Künstlerinnen und Künstler auf vielen Bühnen für Überraschungen sorgen.

Eine Wunderwelt ganz anderer Art, die allerdings voraussichtlich erst Anfang 2023 ihre Pforten wieder öffnen wird, ist das angeschlossene Botanische Museum, das einzige seiner Art in ganz Europa. Nach seiner Wiedereröffnung wird in einer Dauerausstellung die Evolutionsgeschichte der Pflanzen, Algen und Pilze von den Anfängen zu sehen sein. Auch wechselnde Einblicke in die aktuelle Forschung und interessante Beiträge zu den großen naturwissenschaftlichen Fragen unserer Zeit wie Nachhaltigkeit und Umgang mit der Natur sind vorgesehen.

Das hauptstadt magazin wird nach der Neueröffnung ausführlich berichten.

Mehr Infos zum Botanischen Garten unter:

<https://bo.berlin/>

Infos zur Botanischen Nacht 2022:

<https://www.botanische-nacht.de/>

glattgehen, glücken	erzählende Versdichtung	Stadt in Pakistan	Verhältniswort	bezeichnen; taufen	griech. Göttin der Morgenröte	Feuerkröte	Zufluchtsort (griech.)	Spaß; Unfug	schweizerischer Sagenheld	landwirtschaftlicher Betrieb	bereitwillig	große Tür, Einfahrt			
						frühere französische Münze			Staat in Westafrika			zu keiner Zeit			
Taufzeuge				ugs.: in Ordnung (amerikanisch)			gekaufte Waren bringen, zustellen								
		Sinnesorgan				Zugmaschine (Kurzwort)			Zündschnur	Kanton der Schweiz	englischer Artikel				
ungekocht				<p>Unsere Gewinner</p> <p>Von der wunderbaren Inszenierung FLYING DREAMS im Wintergarten Varieté können sich mit einer Begleitperson verzaubern lassen:</p> <p>Franziska Kallies, 16766 Kremmen Gerhard Schüler, 14129 Berlin</p> <p>Das Lösungswort war „Osterei“.</p>											
Nachkomme	ital. Seebad an der Adria	äußerlich; auswärtig										vergnügt	innerhalb (ugs.)	Gelehrtensprache	
Rasenfläche um das Loch beim Golf	Abkürzung für außer Dienst	germanisches Schriftzeichen													
lateinisch: Mutter; Matrice				dt. Komponist (Carl)		Rand eines Gewässers	Gestalt aus „Moby-Dick“ (Kapitän ...)		österreichischer Maler (Gustav)						
			Zeitmesser			Pelz russischer Eichhörnchen			Strich						
Steigen und Fallen des Wassers	nordischer Hirsch			weibliches Märchenwesen			himmelblaue Farbe			chem. Zeichen für Nickel					
elektr. geladenes Teilchen			Fußballmannschaft			kroatische Insel			den Körper im Wasser säubern						

PREISRÄTSEL

Der Botanische Garten lädt ein

Zwei Gewinnerinnen oder Gewinner unseres Preisrätsels dürfen sich über je eine Familieneintrittskarte in den Botanischen Garten freuen. Rätseln Sie mit und erleben Sie die besondere Blütenpracht des Frühlings.

Schicken Sie das Lösungswort bis **20. Mai** an:

dbb berlin
post@dbb.berlin
Fax: 030 327952-20

Der Gewinn wird unter den richtigen Einsendungen ausgelost. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Denis Börner

dbb jugend berlin auf breitere Basis stellen!

Seit Ende vergangenen Jahres amtiert Denis Börner als Vorsitzender der dbb jugend berlin. Genug Zeit, um eine entscheidende Schwäche der Jugendarbeit im dbb berlin auszumachen: Sie steht auf einer zu schmalen Basis.

Im Gespräch mit dem hauptstadt magazin betonte Börner folgerichtig, dass der Aufbau breiter Strukturen erstes Gebot der Stunde sei. Konkret geht es darum, Kontakte zu jugendlichen Ansprechpartnerinnen und -partnern in möglichst allen Landesfachgewerkschaften des dbb berlin herzustellen und dauerhaft zu institutionalisieren. Entsprechende Aufrufe habe es schriftlich wie auch mündlich im Landesvorstand des dbb berlin bereits gegeben. Persönliche Begegnungen waren coronabedingt leider bisher eher rar. Auch studiert der Landesjugendchef selbst gegenwärtig noch an der Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung im gehobenen Verwaltungsdienst. Nach Abschluss seines Studiums im zweiten Halbjahr, soll das aber anders werden: Ziel ist es, eine breitere Jugendarbeit voranzubringen. Erst danach kann besser erkannt werden, wo in den verschiedensten Bereichen des öffentlichen Dienstes von Berlin der Schuh drückt. Mit dem im Sommer geplanten Landesjugendausschuss soll mit möglichst vielen

Vertreterinnen und Vertretern gemeinsam das Gespräch über die zukünftige Ausrichtung des dbb jugend berlin geführt werden. Natürlich fehlt es schon heute an nicht jugendspezifischen Anliegen, aber Börners Ansatz, zunächst eine breite demokratische Basis herstellen zu wollen, ist nicht nur aller Ehren wert, sondern sinnvoll und richtig. Den von der dbb jugend berlin aufgegriffenen Sachthemen wird dadurch ein viel stärkeres Gewicht verliehen. Gewicht verleihen will Börner künftigen Forderungen der dbb jugend berlin auch über eine weitere Vernetzung mit Jugendorganisationen anderer gesellschaftlicher und politischer Gruppierungen. Bereits Börners Vorgänger hatte dies in Angriff genommen und die Beziehungen zu den Vorsitzenden der Jugendorganisationen der Berliner Landesparteien vertieft.

Das hauptstadt magazin wünscht dem Vorsitzenden der dbb jugend berlin bei seinen Vorhaben viel Erfolg und wird über den Fortgang berichten. ■

Fünf Fragen an Denis Börner

Was den zielstrebigen und strukturierten Denis Börner als Person auch noch ausmacht, hat das hauptstadt magazin mit fünf Fragen fernab gewerkschaftlicher Zusammenhänge zu ergründen versucht.

1 Denis, mit wem würdest du richtig gern einmal zusammentreffen? Denis: Sehr interessant stelle ich mir ein Gespräch mit Robert Habeck über die derzeitigen wirtschaftlich-gesellschaftspolitischen Herausforderungen vor. Mit ihm würde ich mich gern auf eine Tasse Kaffee verabreden.

2 hauptstadt magazin: Wenn dein Studium beendet ist, steht vermutlich ein Urlaub an. Gibt es schon ein Ziel? Denis: Ich plane wieder mit meinem Rucksack und einem Interrailticket Europa unsicher zu machen. Mal schauen, wo es dieses Jahr hingeht.

3 Als Printmedium interessiert uns natürlich, ob du Zeitungsleser bist? Denis: nicht in Papierform. Ich nutze das App-Angebot von mehreren großen Zeitungen, um mich möglichst gezielt über spezielle Rubriken und einzelne Themen zu informieren.

4 Und wenn du doch mal zu gedrucktem Lesestoff greifst ... Denis: Ich habe zuletzt von meinen Freunden den Bestseller „Ausbruch – Innenansichten einer Pandemie“ zum Geburtstag geschenkt bekommen. Ein sehr interessanter Rückblick auf die letzten beiden Krisenjahre.

5 Verrate uns doch zum Schluss noch, worüber du herzlich lachen kannst. Denis: Ich besuche gerne die Stand-up-Szene, insbesondere das „Mad Monkey“ in der Eberswalder Straße. Ein toller Ort, an dem man bei einem Bier mit Freunden über das alltägliche Leben und seine Geschichten lachen kann. Zudem ein gute Gelegenheit, Künstlerinnen und Künstler in dieser Zeit finanziell zu unterstützen.

Dann wünschen wir viel Spaß beim nächsten Besuch und danken für das angenehme Gespräch. ■



DPOlG

Zu kurze Schritte

300 sogenannte Bodycams sollen noch in diesem Jahr bei Polizei und Feuerwehr in Berlin zum Einsatz kommen. Das sind zehnmals mehr als bisher – „aber immer noch viel zu wenige“, urteilt der Berliner DPOlG-Chef Bodo Pfalzgraf.

„Die Koalition macht zu kurze Schritte und drückt sich um die Frage einer langfristigen und ausreichenden Datenspeicherung herum“, so Pfalzgraf wörtlich.

Vollkommen einig ist sich der DPOlG-Landeschef dagegen mit Innensenatorin Iris Spranger über den Nutzen der kleinen sichtbar und nah am Körper getragenen Kameras.

„Bodycams tragen im Einsatz von Polizei und Feuerwehr zur Deeskalation bei und verbessern bei Angriffen gegen Einsatzkräfte zudem die Beweislage. Mir war es wichtig, dies auch im Haushalt zu verankern, um die Ausstattung der Polizei Berlins und der Feuerwehr weiter zu verbessern“, so Spranger. Und auch die DPOlG Berlin hat die Einführung von Körperschutzkameras immer begrüßt: „Denn so kann sauber dokumentiert werden, wie der tägliche Wahnsinn im realen Leben abläuft. Das schützt die Einsatzkräfte und verbessert die Beweislage vor Gericht“, unterstreicht Bodo Pfalzgraf. ■

Der 17. Mai ...

ist der Internationale Tag gegen Homophobie und Transphobie. Für dbb Landeschef Frank Becker Grund genug, das ständige Engagement des dbb berlin gegen Diskriminierungen zu unterstreichen:

„Homophobie hat für den dbb berlin keinen Platz. Weder in der Politik, im Sport, an den Schulen und Verwaltungen und nicht im dbb berlin selbst oder seinen Fachgewerkschaften“, so Becker wörtlich. Initiativen zur Erweiterung von Art. 3 GG um den Begriff der „sexuellen Identität“ wurden von Becker ausdrücklich begrüßt. ■

© Sharon McCutcheon/Pexels